

Fragesteller:  
Jugendpresse Deutschland e.V.  
Al-Moabit 89  
10559 Berlin

Wir bitten Sie um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen. **Bitte halten Sie sich kurz: maximal 500 Zeichen, inkl. Leerzeichen.** Ihre Antworten senden Sie bitte (möglichst in einem offenen Word-Dokument) bis 20.06.13 an das Bundesbüro der Jugendpresse in Berlin: buero@jugendpresse.de. Informationen zur Jugendpresse Deutschland e.V. finden Sie auf [www.jugendpresse.de](http://www.jugendpresse.de) und [www.schuelerzeitung.de](http://www.schuelerzeitung.de).

**Jugendpresseverbände sind Orte gelebter Demokratie, schon für Jugendliche unter dem offiziellen Wahlalter der Bundestagswahl. Ist Ihre Partei für eine Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen und/oder möchte sie andere Beteiligungsformen für Jugendliche verbindlich implementieren?**

Es gibt innerhalb der Partei viele Initiativen das Wahlalter zu senken oder sogar aufzuheben. Eine Absenkung auf 16 Jahre scheint am wahrscheinlichsten. Ansonsten setzt sich die Piratenpartei für vielfältige, aber nicht immer bindende, Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürger/innen ein.

Was wir ebenfalls unterstützen, ist die Forderung danach, dass Jugendliche viel mehr als bisher zum Beispiel in Jugendparlamenten an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden.

**Praktika statt Arbeitsvertrag: Gerade in den Medienberufen werden junge Menschen trotz fertigem Studium oder fundierter Ausbildung durch schlecht oder sogar unbezahlte Praktika ausgebeutet. Mit welchen Mechanismen möchte Ihre Partei die Berufseinsteiger davor schützen?**

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, Missbrauch durch Arbeitgeber zu unterbinden. Ein nicht für Ausbildung oder Studium benötigtes Praktikum ist auf drei Monate zu begrenzen oder es ist nach Ablauf von drei Monaten ein angemessenes Praktikantengehalt zu zahlen und der Praktikant rechtlich dem festangestellten Mitarbeiter gleichzustellen. Auf Antrag sollen Betriebe finanzielle Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit beantragen können.

**Das Presserecht legt für Behörden eine Auskunftspflicht gegenüber Journalisten fest. Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass Behörden dieser Auskunftspflicht auch gegenüber Inhabern des Jugend-Presseausweises nachkommen?**

Zunächst wäre es wünschenswert, wenn dieses Recht überhaupt durchgehend respektiert wird. Jugend-Presseausweise müssen wie die anderen bereits von der IMK anerkannten Ausweise behandelt werden. Im Gegenzug müssen die ausstellenden Organisationen sicherstellen, dass die Qualitätskriterien eingehalten werden.

Dennoch brauchen wir eine Art Clearingstelle, mit entsprechenden Befugnissen, für Journalisten um diesen Anspruch auch durchsetzen zu können.

**Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Jugendpresse braucht unterstützende Rahmenbedingungen. Maßgeblich trägt hier der Kinder- und Jugendplan des Bundes bei. Plant Ihre Partei eine Anhebung der Fördersätze dieses Programmes?**

Hierzu sagt der Berliner Landeslistenkandidat zur Bundestagswahl, Enno Lenze: "Bei der Piratenpartei werden alle Entscheidungen basisdemokratisch getroffen. Diese Frage wurde bisher nicht abgestimmt. Von den bisherigen Abstimmungen ausgehend sehe ich dies aber positiv. Ich würde mich als Abgeordneter sofort dafür einsetzen."

**Die Lebenswelten von Jugendlichen lassen sich nicht in Politikerressorts einordnen. Vielmehr betrifft jede politische Entscheidung die junge Generation. Mit der Bestrebung einer „Eigenständigen Jugendpolitik“ gibt es bereits Modelle, diese Lebenswelten als Ganzes zu sehen. Wie positioniert sich Ihre Partei zu den Plänen einer „Eigenständigen Jugendpolitik“?**

Eine "Eigenständige Jugendpolitik" ist eine erste Möglichkeit zu einer den Jugendlichen angemessenen Beteiligung. Wir sehen Kinder und Jugendliche als genau so wie alle anderen "erwachsen" Bürger als gleichwertige Mitglieder der politischen Entscheidungsfindung. Daher halten wir es für zielführender, Jugendliche in den täglichen Politikbetrieb zu integrieren, statt eine separate Politik zu etablieren. Daher plädieren wir für die flächendeckende Einführung von Kinder- und Jugendparlamenten.

**Halten Sie Bürgerjournalismus für eine (zukünftige) Säule zivilgesellschaftlichen Engagements?**

Ja, Bürgermedien wie [www.myheimat.de](http://www.myheimat.de) oder andere Plattformen erfreuen sich einer zunehmenden Beliebtheit. Hier ist es möglich, tatsächlich neutrale Berichterstattung zu positionieren und Themen anzusprechen, die den "normalen" Medien nicht wichtig genug erscheinen.

**Das Zeugnisverweigerungsrecht schützt berufsmäßig wirkende Journalisten. Mit welchen Bestrebungen möchten Sie nicht berufsmäßige Journalisten (beispielsweise ehrenamtliche Journalisten, junge Journalisten oder Bürgerjournalisten) schützen?**

Sie müssen (im Bezug auf ihre Arbeit) die gleichen Rechte bekommen.

**Schulen werden zunehmend Ziel von Lobbyisten, dies attestiert Lobby Control erst im Mai. Als Teil des Schullebens stehen besonders Schülerzeitungen in dessen Fokus, die mit fragwürdigen redaktionellen Inhalten und Wettbewerben umworben werden. Mit welchen Werkzeugen können Schulen und Schülerzeitungen vor diesen Einflussnahmen geschützt werden?**

Schulen und Schülerzeitungen müssen genug Geld bekommen um auf solche Angebote nicht mehr angewiesen zu sein. Von diesem Geld sollte dann auch Unterricht bezahlt werden, der über Lobbying aufklärt.

Die PIRATEN setzen sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen. Darunter würden auch die Schülerzeitungen fallen.

**Freie Journalisten sind über die Künstlersozialkasse versichert und haben so Zugang zur Kranken- und Rentenversicherung. Bei diesem Modell übernehmen der Staat und der Unternehmer je die Hälfte der Abgaben. Wie steht Ihre Partei zur Künstlersozialkasse?**

Die KSK hat den Wandel der Kulturwirtschaft nicht begriffen, denn die Diversifizierung zu immer kleineren, sich selbst organisierenden Kreativzellen braucht auch eine Umdeutung der Abgabepflicht. Hier müssen die Oligopole der Kreativwirtschaft weit stärker in die Pflicht genommen werden, als kleine Marktteilnehmer. Hier könnte die KSK eine Rolle in der Wettbewerbsregulierung spielen.

Hier unterstützen die PIRATEN aus ihrem Grundgedanken der Teilhabe jedwede Verbesserung.